

Sonderwort von Olaf Thomas Opelt 13.6.2018

Hallo Menschen,

nun ist es soweit, die BRiD-Mächtigen jubilierten, denn sie haben es als Kolonialverwaltung wieder einmal erreicht, in den nichtständigen Sicherheitsrat der UN für zwei Jahre von 2019-2020 aufgenommen zu werden, obwohl das nach Art. 4 UN-Charta sehr fragwürdig ist, weil nach Art. 2 die Mitgliedsstaaten mit souveräner Gleichheit handeln. Die BRiD aber ist kein Staat und handelt gegenüber den Besatzungsmächten nicht in souveräner Gleichheit, weil es keinen Friedensvertrag gibt. Den nicht die BRiD, sondern der deutsche Staat mit den Vereinten Nationen abzuschließen hat; und dieser deutsche Staat vom Volk neu verfaßt werden muß, da nun seit 100 Jahren der Staat ohne tatsächlichen Herrscher steht und nur von Beherrschern bis dato benutzt wird.

[184 Staaten](#) der Generalversammlung der Vereinten Nationen stimmten für die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat. Gerade einmal vier Staaten stimmten dagegen und zwei enthielten sich der Stimme.

Es ist eigentlich unglaublich, daß inzwischen seit fast 28 Jahren mit einem rechtlich ungültigem Grundgesetz der nach wie vor bestehende Staat von einer solchen besatzungsrechtlichen Verwaltung regiert wird und sich eine solch große Mehrheit der Vereinten Nationen dafür entscheidet, diese völkerrechtswidrige Verwaltung in das höchste Gremium der Vereinten Nationen zu berufen. Hier ist unbedingt zu beachten, daß der Art. 53 (Feindstaatenklausel) der UN Charta unter dem der deutsche Staat, der im 2. Weltkrieg in seiner Organisation nach wie vor unter diese Bestimmung fällt, in Kraft ist. Dieser Fakt geht darauf zurück, daß die BRD sowie auch die DDR bei den 2+4 Verhandlungen in Paris eine abschließende Friedensregelung nicht angestrebt haben, was man aus der [Pressemitteilung](#) der Außenministerkonferenz ersehen kann.

Hinzu kommt, daß der sog. 2+4 Vertrag samt des Einigungsvertrags rechtlich [nicht in Kraft getreten sind](#), somit die Pariser Charta von 1990 demselben Schicksal unterliegt. Das Schicksal, das keinen Frieden in der Welt aufkommen läßt.

Aber sind diese 184 Staaten daran schuld, daß die BRiD eine solche Aufwertung erfahren hat, und nur vier Staaten dagegen waren und zwei sich enthalten haben?

Ich meine, ja, aber nur zweitrangig. Denn es gäbe diese BRiD nicht mehr, wenn das deutsche Volk selbstbewußt und eigenverantwortlich verbindliches Völkerrecht in Anspruch genommen und sich tatsächlich eine Verfassung gegeben hätte, mit der der nach wie vor bestehende deutsche Staat, das Deutsche Reich, neu verfaßt worden wäre und zwar sehr wohl strikt nach dem verbindlichen Völkerrecht. Als Grundlage des verbindlichen Völkerrechts sind dazu die zwei Menschenrechtspakte (Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte & Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte) zu erkennen und entsprechend in die Verfassung einzuarbeiten. Was aber ist mit dem Grundgesetz, das sich das deutsche Volk mit einem angeblich verfassungsgebenden Kraftakt zur Verfassung gegeben habe? Da dieser verfassungsgebende Kraftakt bis dato nicht nachgewiesen wurde, weil er nicht nachgewiesen werden kann, von mir die Präambel als erstunken und erlogen bezeichnet wird, ist das Grundgesetz seit dem 18.07.1990 rechtsungültig. Spätestens jedoch seit dem 23.09.1990 durch die Aufhebung des Art. 23 GG, in dem der Geltungsbereich des GG festgeschrieben stand. Der Art. 23, auf dem noch bis dato im [Art. 144 GG](#) hingewiesen wird.

Somit wird durch die BRiD-Verwaltung verbindliches Völkerrecht, die in den Artikeln 1 der beiden Menschenrechtspakte festgeschrieben stehen, im größlicher Weise mit unbedingtem Vorsatz

verstoßen, denn in diesen beiden Artikeln steht klipp und klar das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Welch eine Antwort aber bekam Opelt im [Jahr 2010 vom sog. Kanzleramt?](#)

[Daß wichtige Männer](#) sich einig waren wie zu verfahren wäre. Und deutlicher kann von dieser völkerrechtswidrigen Verwaltung die Tatsache nicht aufgezeigt werden, daß nicht das deutsche Volk selbst, sondern eben die wichtigen Männer über das weitere Schicksal der Menschen entschieden haben und somit gegen verbindliches Völkerrecht, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, verstoßen wurde, woraus sich die grundhafte Völkerrechtswidrigkeit des BRiD-Regimes samt seiner gleichgeschalteten Parteiendiktatur darstellt. Aber nicht nur das zeigt die Völkerrechtswidrigkeit auf, sondern auch die unmittelbare Teilnahme des BRiD-Regimes an Angriffskriegen, die zumindest vom [Ex-Kanzler Schröder aufgezeigt](#) wurde.

So heißt es dann großspurig, daß wichtige Themen im Sicherheitsrat der Krieg in Syrien, die Konflikte im Libyen und Jemen wären. Und überall ist die BRiD treibend dabei, in dem sie Angriffsziele der in diesen Konflikten beteiligten US-Koalition und der Saudischen Koalition ausspioniert in dem sie Waffen liefert, die von der Türkei in Syrien, im Irak gegen die Kurden benutzt werden, dafür aber im gleichem Atemzug den bekämpften Kurden Waffen liefert, die wiederum gegen [die völkerrechtmäßige syrische Regierung](#) kämpfen, Waffen liefert an Saudi Arabien, das mit ungeheurer Brutalität gegen die jemenitische Zivilbevölkerung vorgeht, um deren Widerstandwillen gegen einen vom Volk nicht gewählten Präsidenten, der aber vom USI unterstützt wird, zu brechen. In Libyen wurde ebenfalls von Anfang an als man Gaddafi von der Macht bringen wollte, Angriffsziele gegen dessen Truppen ausspioniert, bis hin letztendlich sein versteckt ausgemacht wurde und er von seinen Gegnern gemeuchelt werden konnte. Dazu wurde die Flugverbotszone durch die US-Koalition völkerrechtswidrig mißbraucht, natürlich ohne einen Einwand der BRiD-Verwaltung, da diese zumindest mit dem BND zu diesem Völkerrechtsbruch beigetragen hat.

Und so geht es dann weiter, wo in Afrika der Siegermacht des 2. Weltkriegs Frankreich Unterstützung gewährt wird, um deren neokoloniale Interessen durchzusetzen und u. a. auch selbst an wertvolle Rohstoffe zu kommen, dafür aber im Gegenzug die [Überproduktion der deutschen industriellen Landwirtschaft](#) loszuwerden und dieses dann noch von der BRD-Verwaltung finanziell gefördert wird.

Jahrelang zogen Merkela & Co. in der Welt herum und priesen sich an für diese Mitgliedschaft. Dafür wurden dann auch hier und da ein paar Milliönchen locker gemacht, die selbstverständlich aus den Taschen der Bewohner des Bundesgebietes stammen. So wurden z. B. für die Zentrale, dem Friedens- und Sicherheitsgebäude der Afrikanischen Union in Addis Abeba 30 [Millionen locker](#) gemacht. In Plauen, wo man um die Menschen aus dem Zentrum zu bringen, ein Kaufhaus zu einem Verwaltungszentrum umgebaut hat, wurden glatt weg 55 Millionen verpulvert.

Natürlich ist dieses Friedens- und Sicherheitsgebäude in Addis Abeba auch für die Planung für verschiedene Einsätze wie die [in Mali](#) gedacht. Daß es dann aber zu [Kollateralschäden](#) kommen kann, wenn die westlichen Gutmenschen gegen den IS kämpfen und ab und zu etwas Sex brauchen, muß wohl dabei eingeplant werden.

Sollte man im Zusammenhang mit dem UN-Sicherheitsratssitz von der Staatsräson, die das BRiD-Regime samt seiner Parteien dem zionistischen Regimes Israels schwört, reden? Nein, das sollte man nicht, denn dann müßte man davon reden, daß dieses Regime Israel ohne Verfassung auf der Grundlage von Militärgesetzen beherrscht. Daß dieses Regime die Golanhöhen und Ostjerusalem

annektiert hat daß dieses Regime das Westjordanland immer weiter besetzt um dort jüdische Siedler anzusiedeln. Daß dieses Regime den Gazastreifen zu einer Todeszone macht. Daß dieses Regime von Anfang an gegen die Charta der Vereinten Nationen und das weitergebildete Völkerrecht gröblich verstößt. Da nutzt es auch nichts, wenn die LINKEN [Abgeordnete Heike Hänsel im Bundestag](#) folgend äußert: »*Wer in den internationalen Beziehungen das Faustrecht unterstützt statt das Völkerrecht, hat im UN-Sicherheitsrat nichts verloren*«, denn auch die LINKE sitzt über grundgesetzwidrige Wahlen im Bundestag und in den Landtagen.

So kann es dann in großen Tönen lauten, daß Deutschland eine starke Stimme für Frieden, Gerechtigkeit und Wohlstand im Sicherheitsrat werden will. Jawohl, Frieden, in Form eines Friedhofs, Gerechtigkeit, die bedeutet, daß die wichtigen Männer tun und lassen können, was sie wollen, und den Wohlstand dieser wichtigen Männer. Mitnichten den Wohlstand der Menschen in der BRiD, in Europa und schon gleich gar nicht im Rest der Welt, wo in Afrika die Kinder nach wie vor an der leeren Mutterbrust verhungern.

Dagegen helfen die Millionchen, die hier und da verstreut werden, nicht. Aber aufgrund, daß [die BRiD und nicht Deutschland](#) den [viertgrößten Beitrag in den Vereinten Nationen zahlt](#), darf man mit Fug und Recht vermeinen, daß sich die Mächtigen den Sitz „redlich“ erworben haben aber nicht verdient. Und wessen Geld dafür fließt, na ja. Schluß; der Hals ist dick genug, sonst wird aus Zorn Haß und das bringt vom eigentlichen Ziel ab, auf deutschem Grund und Boden eine Verfassung zu schaffen, die auf der Grundlage von gültigem deutschen Recht und Gesetz und verbindlichem Völkerrecht beruht.

Olaf Thomas Opelt
Staatsrechtlicher Bürger der DDR
Reichs- und Staatsangehöriger
Mitglied im Bund Volk für Deutschland

Bundvfd.de